

Zeitungsspiegel

Herausgegeben vom Evangelischen
Presbyterverband für Rheinland

Essen, Dritter Hagen 23, Schließfach 689 • Fernruf Essen 24344 und 24345 • Postcheckkonto Essen 3417

Herausgegeben: Samstag, 13. Mai 1933.

Nr. 29.

Vertraulich!

I. Vorbemerkung: In den letzten Tagen ist die Bezieherzahl unseres "Zeitungsspiegels" stark gewachsen. Die wiederholten Wünsche nach Nachlieferung der bisher erschienenen Nummern können wir leider nicht erfüllen, da sämtliche Nummern des "Zeitungsspiegels" vergriffen sind und eine Neuherausgabe zu kostspielig wäre. Wir bedauern es sehr, diesen Wunsch unserer Bezieher nicht erfüllen zu können.

II. Reichskirche und jungreformatorische

=====

Bewegung.

=====

"Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 220/21 vom 13.5.1933

Die 12 Thesen der jungreformatorischen Bewegung.

Für die neu hinzugekommenen Leser unseres "Zeitungsspiegels" geben wir nachstehend noch einmal die bereits von uns veröffentlichten "12 Thesen der jungreformatorischen Bewegung", da diese zurzeit sehr stark im Mittelpunkt der Zeitungsdiskussionen stehen.

Wie wir erfahren, hat der Aufruf der jungreformatorischen Bewegung zur kirchlichen Neugestaltung aus allen Teilen des Reiches eine über Erwarten starke und freudige Zustimmung erfahren. Angesehene Lehrer der Theologie haben sich der Bewegung angeschlossen, ebenso eine Reihe namhafter evangelischer Laien. Die Führer der Bewegung betonen nochmals, daß sie sich hinter die Bevollmächtigten der Kirche stellen, allerdings müsse erwartet werden, daß den jungen theologischen Kräften und den Laien, die die Erneuerung im Sinne der Reformation und des Evangeliums bejahen, der entscheidende Einfluß auf die Neugestaltung der evangelischen Kirche gegeben wird. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

"Der uns von Gott geschenkte neue Tag der deutschen Nation ruft unsere evangelische Kirche zu neuer Gestaltung. Wir als Glieder der jungreformatorischen Bewegung stellen uns hinter den Aufruf der bevollmächtigten Kirchenführer D. Kapler, D. Marahrens, D. Hesse und des Vertrauensmannes des Herrn Reichskanzlers, Pfarrer Müller:

1. Wir fordern, daß bei den kommenden Entscheidungen einzig und allein aus dem Wesen der Kirche heraus gehandelt wird.

2. Wir fordern, daß der Neubau der evangelischen Kirche deutscher Nation so schnell wie möglich durchgeführt wird. Leitung und Körperschaften der Kirche sind ausschließlich der neuen Verfassung gemäß zu bilden. Urwahlen lehnen wir als überwundenen demokratischen Irrtum ab.

3. Die Ernennung des Reichsbischofs hat umgehend, und zwar durch das bestehende Direktorium zu erfolgen.
4. Wir wollen eine mit Vollmacht handelnde geistliche Kirchenleitung. Diese schließt die Mitarbeit der Gemeinden nicht aus, sondern ein. Lebendige Anteilnahme am Gottesdienst und an der Arbeit der Gemeinde bildet den Gesichtspunkt der Auslese für die kirchlichen Körperschaften.
5. Wir wollen eine bessere Ausbildung der zur Wortverkündigung Berufenen. Die Willkür der Verkündigung muß durch die feste Lehrautorität aufgehoben werden.
6. Wir wünschen, daß die Vergreisung in Ämtern und Körperschaften durch stärkere Heranziehung jüngerer Kräfte, besonders aus der Frontgeneration, beseitigt wird.
7. Wir bekennen uns zu dem Glauben an den Heiligen Geist und lehnen deshalb grundsätzlich die Ausschließung von Nichtariern aus der Kirche ab; denn sie beruht auf einer Verwechslung von Staat und Kirche. Der Staat hat zu richten, die Kirche hat zu retten.
8. Aufgrund der bestehenden Einzelbekenntnisse hat die Kirche den Menschen von heute die Antwort des Evangeliums auf die Frage nach Rasse, Volk und Staat zu geben. Hieraus wird das neue Bekenntnis erwachsen, das die evangelische Kirche deutscher Nation nötig hat, wenn sie mehr sein will als ein Zweckverband.
9. Wir bekämpfen die Versuche einer erstorbenen liberalistischen Theologie, sich von neuem in die Kirche einzudrängen.
10. Wir fordern vom Staat, daß der Kirche in Presse und Rundfunk der Einfluß gegeben wird, der ihrer Aufgabe für den inneren Aufbau des Volkes entspricht.
11. Wir fordern, daß die evangelische Kirche in freudigem Ja zum neuen deutschen Staat den ihr von Gott gegebenen Auftrag in voller Freiheit von aller politischen Beeinflussung erfüllt und sich zugleich in unlöslichem Dienst an das deutsche Volk bindet.
12. So wichtig uns die Verfassungsreform der Kirche ist, so bekennen wir doch, daß das Leben des Volkes vor Gott seinen Mittelpunkt im Gebet und in der Arbeit der Gemeinde hat. Wir rufen alle, die des gleichen Willens und des gleichen Glaubens sind, auf, sich mit uns zusammenzuschließen. Alle Pfarrer und Laien, die diesen Grundsätzen zustimmen, wollen ihr Einverständnis mitteilen an Privatdozent Lic. Dr. Küneth, Berlin-Dahlem, Zietenstr. 24."

+

Ihre Zustimmung erklärten bisher u.a.:

Lic. Dr. Dörne, Direktor des Predigerseminars Lückendorf/Sa.,
 Pfarrer Gerhard Jacobi, Berlin,
 " Dr. Hanns Lilje, Berlin,
 Professor D. K. Ritter, Marburg/Lahn,
 " D. Stählin, Münster/W.,
 " D. Dr. Schreiner, Rostock,
 " D. Heim, Tübingen,
 Pfarrer Riethmüller, Berlin,
 " G. Schulz, Barmen,
 Superintendent Görnandt, Potsdam,
 Privatdozent Dr. H. D. Wendland, Heidelberg,

Pastor Dannenbaum, Berlin,
Lic. Anna Paulsen, Berlin. ---O---

"Der Reichsbote" Nr. 111 vom 13. Mai 1933.

Bemerkung zu den Aufruf "Die jungreformatorische Front".

"... Man wird bei allen ernstem Bedenken gegen derartige Neugründungen im gegenwärtigen Zeitpunkt in vielen dem Aufruf zustimmen können. Einige F r a g e n aber lassen sich doch nicht ohne weiteres unterdrücken:

Zu Satz 3: Wozu eine ungehende Ernennung eines Reichsbischofs? Wir können eine Notwendigkeit dazu schlechterdings nicht einsehen. Man sollte hier wirklich erst einmal abwarten, was der Vertrauensausschuß zustande bringt. Einen Reichsbischof jetzt zu ernennen, scheint uns voreilig gehandelt und ein störender Eingriff in die Arbeit der bevollmächtigten Männer zu sein.

Zu Satz 5: Hier scheint uns der zweite Satz noch sehr der näheren Erläuterung bedürftig zu sein. Der Begriff "feste Lehrautorität" ist bekanntlich stark unstritten; hier liegt die Gefahr eines Abgleitens auf klerikalistische, letztlich römisch-katholische Bahn so nahe, daß eine ernste Warnung am Platze zu sein scheint.

Zu Satz 9: Hier wäre eine deutliche Erklärung am Platze, was mit den etwas dunklen Worten dieser Abwehr denn eigentlich gemeint ist."

Aber es sei noch einmal betont, daß man den meisten Forderungen, wie sie etwa in den Sätzen 1, 4, 11 und 12 erhoben sind und auf evangelischen Boden sich einfach von selbst verstehen, durchaus zustimmen kann.

"Der Tag" Nr. 114 vom 13. Mai 1933.

Die jungreformatorische Bewegung wächst.

Wie wir erfahren, hat der Aufruf der jungreformatorischen Bewegung zur kirchlichen Neugestaltung aus allen Teilen des Reiches eine über Erwarten starke und freudige Zustimmung erfahren. Angesehene Lehrer der Theologie, unter ihnen Professor D. Karl Heim (Tübingen), haben sich der Bewegung angeschlossen, ebenso eine Reihe namhafter evangelischer Laien. Die Führer der Bewegung betonen noch einmal, daß sie sich hinter die Bevollmächtigten der Kirche stellen, allerdings müsse erwartet werden, daß den jungen theologischen Kräften und den Laien, welche die Erneuerung im Sinne der Reformation und des Evangeliums bejahen, der entscheidende Einfluß bei der Neugestaltung der Evangelischen Kirche gegeben wird.

III. Aus den Landes- und Provinzialkirchen.

"Tägliche Rundschau" Nr. 109 vom 13. Mai 1933.

Politische Reinigung der Kirche.

Ein Fall unter vielen -- Notwendige Lösung von parteipolitischen Bindungen.

Die "Tatkreis-Korrespondenz" vom 11. Mai macht auf die unheilvolle Verquickung kirchlicher mit politisch-wirtschaftlichen

94

Interessen aufmerksam, die eine Frucht des parlamentarischen Systems in der Kirche ist. Es sei zwar ein historisches Verdienst der DNVP "daß sie sich nach der Revolution von 1918 schützend vor die evangelische Kirche stellte. Sie veranlaßte, daß damals auf deutschnationalen Listen drei führende Generalsuperintendenten (Blau, Posen - Reinhardt, Westpreußen - Klingemann, Rheinland) in den Preußischen Landtag gewählt wurden, um dort die Lebensinteressen der evangelischen Kirche zu vertreten. Diese Art der Verbindung zwischen DNVP und Kirche ist später gelöst worden, einerseits aus der grundsätzlichen Erwägung, daß hohe kirchliche Führer ihrem Ansehen durch direkte parteipolitische und parlamentarische Tätigkeit schaden, andererseits weil sich die junge protestantische Generation dem Nationalismus, wie ihn die DNVP vertritt, immer mehr entfremdete. Diese Art von Nationalismus vermag Politik und persönliche wirtschaftliche Interessen tatsächlich nicht eindeutig zu trennen.

Typisch ist dafür der Fall von Gersdorf. Herr von Gersdorf, der Schwiegervater Trendelenburgs, wird seit Jahren mit erheblichen Geldern, die der DNVP vonseiten der Niederlausitzer Braunkohlenindustrie zufließen, in den Preußischen Landtag gewählt. Herr von Gersdorf ist Mitglied hoher kirchlicher Körperschaften. Zurzeit ist er Präsident der Brandenburgischen Provinzialsynode. Ebenso wie er stehen an hohen anderen kirchlichen Stellen führende Deutschnationale als überlebte Reste der alten Verbindung zwischen DNVP und Kirche. Da Brandenburg die größte evangelische Kirchenprovinz in Preußen ist und es üblich ist, den Präsidenten einer Provinzialsynode zum Präsidenten der Generalsynode zu machen, ist damit zu rechnen, daß Herr von Gersdorf den freien Posten des

Präsidenten der Preußischen Generalsynode erhält. Die Kirche muß sich sofort und radikal von überholten parteipolitischen Bindungen und von ungeeigneten repräsentativen Persönlichkeiten befreien, die wesentlich nicht aus theologischen Interesse, sondern aus klassenbestimmten wirtschaftlichen Interessen kirchliche Ämter wie andere öffentliche Ämter übernehmen..

---O---

Diese Forderung ist zweifellos berechtigt. Wir könnten eine ganze Reihe solcher Fälle aufzählen, hoffen aber, daß es angesichts der bevorstehenden Neuordnung der Kirche nicht mehr nötig ist. Die eigentliche Schuld der Kirche liegt freilich nicht in diesen sündhaften Verstrickungen mit irdischen Interessen - wer wäre frei davon? -, sondern in der Unkraft ihrer Botschaft. Das Schuldbekenntnis, das wir alle einmütig abzulegen haben, kann durch keine parteipolitische Reinigung ersetzt und abgegolten werden. Jede "Kirchenpolitik", die nicht einzig allein um des Glaubens willen geschieht, und jedes Bekenntnis, das nicht gleichzeitig ein Schuldbekenntnis ist, stiftet nur Unfrieden. Unfrieden in der Kirche aber ist Unfrieden im Volk.

Glaubensunfrieden im Volk hat bisher, wie klassische Beispiele der Reichsgeschichte zeigen, immer dahin geführt, daß die Obrigkeit - zumal wenn sie ein Glied der Kirche ist - einen Notbischof oder Kirchenverweser einsetzt.

Wer Ohren hat zu hören, der höre.

IV. Deutschen Christen.

=====

"Tägliche Rundschau" Nr. 109 vom 13. Mai 1933.

a) Deutsche Christen suchen Frieden.

Die Reichsleitung der Glaubensbewegung "Deutscher Christen" hat an sämtliche Mitglieder der Reichsleitung eine Verfügung erlassen, daß diese ihre Tätigkeit allein auf ihr Referat zu beschränken haben und die damit verbundenen Aufgaben in wissenschaftlicher und ruhiger Weise durcharbeiten sollen. In dieser Verfügung spricht der Reichsleiter, Pfarrer Hossenfelder, dem Drei-Männer-Ausschuß (Kapler, Marahrens, Hasse) das vollste Vertrauen zu ihrer Arbeit aus. Es sei deshalb unzulässig, daß aus den Reihen der Deutschen Christen diese Arbeit gestört und von mehr oder weniger maßgebenden Mitgliedern der Glaubensbewegung "Deutscher Christen" Schritte unternommen werden, für die der Reichsleiter die Verantwortung ablehnen muß. In diesem Zusammenhang ist namentlich eine Neuorganisierung des Referats Presse und Kultur, das bisher von Bierschwale besetzt war, vorgenommen worden.

Pfarrer Hossenfelder hat ferner bei der Reichsleitung einen Verbindungsdienst eingerichtet, mit dessen verantwortlicher Führung er den Missionsinspektor Dr. Weichert beauftragt hat.

Zu weiteren entscheidenden Schritten gibt Pfarrer Hossenfelder folgende Begründung:

Durch das ausserordentlich schnelle Wachsen der Glaubensbewegung und durch die in allen Lagern des kirchlichen Lebens stark einsetzenden Arbeiten in dem großen Werk der Kirchenreform, so heißt es, sei eine grünlliche Auseinandersetzung mit dem Wollen und Wirken der Deutschen Christen notwendig geworden. So sehr die Reichsleitung sich dessen bewußt sei, daß solche Auseinandersetzungen oft Kampf bedeuten werden, so sehr sei sie entschlossen, zu verhüten, daß ihr Kampf nach politischen Methoden geführt wird. Für die Auseinandersetzungen mit den Deutschen Christen seien weite Möglichkeiten vorhanden, sich mit anderen Gruppen kirchlich-reformatorischen Wollens und mit hervorragenden Persönlichkeiten des theologischen und kirchlichen Lebens zu sachlicher Arbeit zusammenzufinden. Dafür zu sorgen, sei die besondere Aufgabe von D. Weichert.

"Kreuz-Zeitung" Nr. 130 vom 13. Mai 1933.

b) Und die theologischen Fakultäten?

Der Reichspressewart der "Deutschen Christen" fordert in einem Aufsatz, daß in den theologischen Fakultäten freiwerdende Lehrstühle so lange von den "Deutschen Christen" besetzt werden sollen, bis die Fakultäten nur noch aus "Deutschen Christen" bestehen. Zu dieser Forderung ist zu sagen, daß ein völliger Umbau der theologischen Fakultäten unerlässlich ist. Das gilt sowohl für die sachliche, als auch für die persönliche Seite. Das entscheidende Kriterium für die Berufung kann aber natürlich nicht sein, ob

die betreffenden Dozenten dem Reichspresswart der "Deutschen Christen" gefallen oder nicht, diese Auslese würde schon deshalb Unruhe und Widerspruch schaffen, weil dieser Reichspresswart Vertreter der liberalen Theologie ist. Und die liberalen Theologen müssen gerade abgebaut werden!

Im Mittelpunkt der ganzen Angelegenheit steht aber die Frage: wer entscheidet? Das Preussische Kultusministerium hat durch die Tatsache, daß die theologischen Fakultäten bei der Frühjahrsreform unberührt blieben, dokumentiert, daß bei den theologischen Fakultäten die Mitwirkung der Kirche unerläßlich ist. Unter "Kirche" aber ist nicht eine einzelne Gruppe zu verstehen, sondern eben die unter einem geistlichen Führer stehende Kirche. Für die Zwischenzeit der Reform wird man das Direktorium Kapler-Marahrens-Hesse zusammen mit dem Bevollmächtigten Adolf Hitlers, dem Wehrkreispfarrer Müller, als die geeignete Stelle zu Verhandlungen über den Umbau der theologischen Fakultäten ansehen können.

Der Umbau ist freilich notwendig. Er wird kommen. Und: er kann nicht allein vom Staate aus erfolgen.

" Kreuz-Zeitung" Nr. 130 vom 13. Mai 1933.

c) Die Parole heißt: Zusammenarbeit!

Diese Erklärung muß in ihrer Gesamtheit begrüßt werden. Sie zeigt zunächst einmal, daß der Reichsführer Pfarrer Hossenfelder, eingesehen hat, daß bestimmte Mitarbeiter ihn in der letzten Zeit sehr schlecht beraten haben. Zum zweiten wird klar, daß die Glaubensbewegung "Deutscher Christen" sich nicht als kirchenpolitische Partei mit absolutistischen Tendenzen fühlt, sondern an der inneren und äusseren Erneuerung der evangelischen Kirche sachlich mitarbeiten will.

Zum dritten muß gesagt werden, daß die vorliegende Verfügung die äussere Konsequenz einer inneren Entwicklung innerhalb der Bewegung ist. Es ist ja nicht auszulöschen, daß die ersten Erklärungen der "Deutschen Christen" zum Beispiel sehr stark vom Bekenntnis absahen und sehr stark machtpolitisch schienen. Wohl unter dem Einflusse der ostpreussischen und bayrischen Kreise, insbesondere unter der ständigen Einwirkung seitens des Wehrkreispfarrers Müller hat inzwischen die Bewegung deutlich gesagt, daß sie machtpolitisch Bekenntnissen festhält. Die kürzlich veröffentlichten zehn Grundsätze waren ja im Grunde auch als eine Absage an den Unionsgedanken aufzufassen, da hier vom lutherischen und vom reformierten Bekenntnis die Rede war.

Die heutige Verfügung des Reichsführers Pfarrer Hossenfelder bestätigt also eine innere Entwicklung, die durchaus erfreulich ist und vermutlich manchen national und sozialistisch eingestellten Kreisen, die den "Deutschen Christen" gegenüber theologische Bedenken haben, Veranlassung geben wird, die Stellung zu revidieren. Zu wünschen ist vor allem, daß die übrigen Gruppen der Erneuerung in die Hand der Zusammenarbeit einschlagen, damit die Reform in großer Einmütigkeit durchgeführt werden kann.

+Methoden ablehnt und an den reformatorischen

92

- 7 -

V. Aus dem katholischen Lager.

=====

"Kreuz-Zeitung" Nr. 130 vom 13. Mai 1933.

Die jungen Katholiken.

Der Führer des Katholischen Jungmännerverbandes, Prälat Generalpräses Wolker, ist vom Reichskanzler zu einer Aussprache über die Fortführung der katholischen Jugendarbeit empfangen worden. Über das Ergebnis dieser Besprechung sowie die entsprechenden Verhandlungen mit anderen Regierungsstellen gibt der Katholische Jungmännerverband eine Mitteilung heraus, in der es heisst, daß die Besprechungen den klaren Willen der Regierung ergeben hätten, daß die Jugendarbeit der katholischen Kirche in ihren Organisationen nicht behindert werden sollte. Örtliche Aktionen, die eine Gleichschaltung katholischer Jugendvereine mit der NSDAP. zu einem bestimmten Termin verlangten, seien nur auf Mißverständnisse und Übergriffe einzelner Stellen zurückzuführen, die von der Regierung nicht gedeckt würden. Über die Leitung der Organisationen der Kirche hätten die kirchlichen Behörden zu bestimmen, die in Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen hierfür die Richtlinien geben würden.

VI. Sonstige Mitteilungen.

=====

Aus dem Sprechsaal der "Deutschen Allgemeinen Zeitung"

"Der Leser hat das Wort".

"Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 220/21 vom 13. Mai 1933.

a) Die abseits Stehenden:

X "...Es ist im tiefsten die Überzeugung von dem Wert der freien Persönlichkeit, die Dingeldeys Haltung bestimmte, als er den "überraschenden" Beschluß über die Aufrechterhaltung der DVP durchsetzte, und es ist wohl anzunehmen, daß sie auch Sprangers Haltung bestimmte, als er einem als "metternichsch" empfundenen Druck nicht weichen wollte und lieber auf seine Stellung verzichtete. Es ist nicht wahr, wie heute eine oberflächliche Geschichtsauffassung zu lehren versucht, daß der Liberalismus die schrankenlose Freiheit des Einzelmenschen ohne Rücksicht auf das Gesamtwohl postuliert habe. Genau so wie der echte Protestant die Bindungen an den irdischen Priester nur abgestreift hat, um die Bindungen an Gott um so stärker zu knüpfen und zu empfinden, so hat der echte Liberale immer wieder vor die Freiheit der Persönlichkeit die Verantwortung für das Wohl des Staates gestellt. Niemand kann daher die Zerstörung demokratischer Zügellosigkeit aufrichtiger begrüßen als der echte Liberale. Aber um so leidenschaftlicher muß er sich auch innerlich wenden gegen jeden Versuch, die geistige Freiheit des einzelnen auch dann zu beschneiden und zu zerbrechen, wenn dieser einzelne sich bewußt und mit aller Kraft unter die Hoheit des Staates und unter die Verantwortung der Nation stellt. Auch Dingeldey würde die Auflösung der Partei und den Übergang in die NSDAP empfohlen haben, wenn er das Gefühl gehabt hätte, daß die ewige Idee der Gewissensfreiheit in der größten deutschen Partei eine Bürgschaft des Lebens hätte. Was ist ihm schließlich die Partei? Ein In-

strument, ein Handwerkszeug, sonst nichts. Diese Form kann man zerbrechen, und wir wollen nicht darum trauern; aber die Idee muß leben. Nun, Dingeldey hat nicht das Gefühl gehabt, daß in der NSDAP diese Idee der Geistesfreiheit sich durchsetzen kann, und wir anderen, wir haben es auch nicht. Es ist nichts als ein frommer Irrtum, wenn Herr Müller-Usingen der Anschauung ist, daß die Nationalsozialistische Partei Kritik vertragen könne (was sich mit dem Problem der Gewissensfreiheit berührt, wenn es sich auch nicht damit deckt), wofern die Kritik nur auf nationalsozialistischem Boden erfolge. Es ist wohl z.B. kein Zufall, daß wenige Tage nach dem Erscheinen des Aufsatzes von Professor Köhler seine Bemerkungen über die Personalpolitik des neuen Staates durch die Beurlaubung von Jarres eine allzu bittere Bestätigung erfahren...

Darum, Herr Müller-Usingen, stehen wir abseits. Darum können wir es auch nicht anerkennen, daß es jetzt so wichtig sei, sich "Wirkungsmöglichkeiten" zu erhalten und so der Nation zu dienen. Das Wichtigste ist heute, daß der Schar der Bekümmerten und innerlich Bedrohten ein Beispiel männlichen Mutes und aufrechten Stolzes gegeben wird; das ist der größte Dienst, den man heute der Nation leisten kann. Beispiel ist mehr als "Wirkungsmöglichkeit". Es ist besser, daß ein Politiker oder ein Hochschullehrer "einflußlos" werde, als daß den freiheitlich Empfindenden in Deutschland auch noch das Vertrauen in ihre Führer und damit der Glaube für die Zukunft - für die Zukunft Deutschlands! - genommen wird. Wir liberalen Menschen sind heute in Deutschland eine winzige Schar, die in der Einsamkeit ihrer Stellung sich ihre Weltanschauung täglich neu erkämpfen muß. Wenn wir auch noch das Vertrauen darauf verlieren würden, daß es in Deutschland bedeutende Männer von selbständigem Geist und innerlichem Freiheitswillen gäbe - wie sollten wir den Mut behalten?"...

Aus dem Sprechsaal der "Deutschen Allgemeinen Zeitung"

"Der Leser hat das Wort".

"Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 220/21 vom 13. Mai 1933.

b) Zuschrift aus Thallichtenberg von Frau L. Haarbeck.

"...Der große gewaltige Bau, den Männerhände aufgerichtet haben, braucht bitter nötig die Mitarbeit der Frau. Es geht um das deutsche Land! Es geht um das deutsche Volk! Gewiß, man kann uns absetzen, man kann uns auch einsperren, man kann uns zu Menschen zweiten Ranges stempeln, weil wir vieles nicht gutheißen können, man kann uns aber unsere glühende Liebe zu Volk und Vaterland nicht aus dem Herzen reißen, wenn sie echt ist! Bei aller Bewunderung für die neue Regierung, bei aller Achtung vor der Disziplin, der Machtentfaltung, der Reinigungsaktion, dem Niederringen des Marxismus usw. können viele Frauen nicht - laßt uns hoffnungsvoll sagen - können viele Frauen noch nicht mitjubeln, weil sie um sich her, auf dem Lande vielleicht mehr als in der Stadt, wo alles mehr verschwindet, Dinge sehen müssen, die ihr Herz bluten machen... Laßt uns kraft unseres Herzens über die hinauswachsen, die uns zu Menschen zweiten Grades stempeln wollen! Das ist unser Frauenrecht! Dann wird, so Gott will, auch einmal die Zeit kommen, wo wir, nicht mehr im Gewissen gebunden und nicht mehr traurig abseitsstehend, mitjubeln können!"...

99

- 9 -

"Deutsche Zeitung" Nr. 112 vom 13. Mai 1933.

c) Der religiöse Eid.

Nur noch religiöser Eid vor deutschen Gerichten.

Der preussische Justizminister hat folgende Verfügung erlassen:
"Deutsche Gerichte werden in der religiösen Eidesform im Gegensatz zur weltlichen die Eidesform erblicken, die allein den sittlichen Überzeugungen des deutschen Volkes entspricht. Die Eidesabnahme in weltlicher Form ist daher auf die Fälle zu beschränken, in denen es unvermeidlich ist. Die früheren Verfügungen für die Abnahme von Eiden werden hiermit aufgehoben."

"Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 220/21 vom 13. Mai 1933.

d) Anti-Semitismus.

Arbeitseinstellung beim Ullstein-Verlag.

Wie die Pressestelle des Polizeipräsidiums mitteilt, hat die gesamte Belegschaft des Verlages Ullstein am Freitagnachmittag um 2 Uhr wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen (Entlassung der jüdischen Angestellten) die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ruht vollständig. Weiterhin wird vom Polizeipräsidium folgendes mitgeteilt:

"Wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung sind der Leiter der Anzeigenabteilung des Verlages Ullstein, Ernst Lindner, und der Direktor des Fachzeitschriften-Verlages Ullstein, Dr. Leopold Lyon, festgenommen und der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums zugeführt werden."

"Kreuz-Zeitung" Nr. 130 vom 13. Mai 1933.

e) Lappo, Luthertum und deutsche Revolution.

"Ein Brief aus Helsingfors" hebt hervor, daß die finnische Lappobewegung die Umwälzung in Deutschland als Beispiel für ein ähnliches Vorgehen in Finnland ansieht. Obwohl die Lappobewegung kein besonderes "soziales Programm" habe, strömten ihr doch die Arbeiter in Scharen zu. Das läge wohl sehr stark daran, daß in der Bewegung lutherische Geistliche eine führende Rolle spielen. Diese böten die Gewähr dafür, daß keine arbeitfeindliche Politik durch die Lappobewegung getrieben werde. Ihnen sei es auch zu verdanken, daß die Bewegung eine Erweiterung des Religionsunterrichtes in ihr Programm aufgenommen habe.

"...Zwei Namen kehren in den Lappo-Zeitungen immer wieder: Hitler und Sellte. Die vaterländische Volksbewegung Finnlands fühlt sich dem Nationalsozialismus und dem Stahlhelm besonders verbunden. Ihr organisatorischer Aufbau erinnert ja in manchen Punkten an den Aufbau des Stahlhelm oder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Der oberste Führer ernennt die Gesamtleitung der Bewegung. Diese Gesamtleitung benennt dann wieder die Führer der einzelnen Bezirke. Im Gegensatz zu den verwandten und befreundeten Bewegungen Deutschlands ist aber die J.K.L. nur teilweise eine soldatische Schutzwehr, mit dem Aufbau von militärisch wirklich durchgebildeten Gruppeneinheiten wurde erst im Frühjahr begonnen. Der große Bauernmarsch am 16. Mai soll jetzt dem finnischen Volke zeigen, daß die Lappobewegung eine disziplinierte soldatische Volksbewegung ist, die den Anspruch auf Führung hat. Wir grüßen die Freiheitskämpfer Finnlands!"